

DEUTSCHER BUNDESTAG
15. Wahlperiode
1. Untersuchungsausschuss

Protokoll Nr. 30

02.07.2003

P r o t o k o l l

der 30. (öffentlichen) Sitzung

des 1. Untersuchungsausschusses

der 15. Wahlperiode

am Donnerstag, dem 26. Juni 2003,

Paul-Löbe-Haus, Raum 4.900,

Konrad-Adenauer-Str. 1, Berlin

Vorsitz: Abg. Klaus Uwe Benneter (SPD)

Tagesordnung:

Zeugenvernehmung von Herrn Staatssekretär Dr. Frank-Walter Steinmeier

Hinweis: Die Fassung des Protokolls steht unter Vorbehalt möglicher Korrekturen durch den
Zeugen.

lich zu Wort gemeldet haben, die zum Ausdruck gebracht haben - ich zitiere -:

Vom Gelingen des jetzt anstehenden Reformaufbruchs werden die Zukunftsaussichten Deutschlands entscheidend abhängen.

Mit all dem will ich nur sagen: In diese Prognosen, in die Prognosefähigkeit der vielfältigen Wirtschaftsinstitute gehen diese externen Faktoren alle ein und sind und werden Gegenstand des Eises, auf dem wir, Regierung und Opposition, miteinander gehen.

Wenn ich dann noch eines anschließen darf, lassen Sie mich ein paar Hinweise zu der politischen Agenda geben, die ich in dem Zeitraum, den der Untersuchungsauftrag hier umfasst, abzuarbeiten hatte. Ich werde das nicht sehr umfassend tun; ich werde es auf einige wenige Bereiche beschränken, genauer gesagt, auf drei Bereiche: den Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die grundlegende Reform des Arbeitsmarktes und letztlich mit einigen Stichworten die Flutkatastrophe. Das gehört in diesen Zusammenhang, weil man nur so deutlich machen kann, in welcher Art und Weise man selbst in dem fraglichen Zeitraum auf die Dinge, die hier im Untersuchungsausschuss interessieren, geschaut hat.

Warum beginne ich mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus? Weil es oberstes Ziel nicht nur der Bundesregierung, sondern erst recht für mich in meiner Funktion als Beauftragter für die Nachrichtendienste war, Gefährdungslagen in Deutschland zu analysieren, der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden eine neue und bessere Qualität zu geben, Anschläge zu verhindern - das betraf nicht so sehr meinen Bereich, sondern insbesondere den Bereich der Außenpolitik -, weltweite Koalitionen gegen den Terrorismus zu bilden und vor allen Dingen zu erhalten.

Wir haben in dieser Zeit zwischen dem 11. September 2001 und dem Sommer 2002 - nur, damit Sie einen Eindruck bekommen von dem, was tatsächlich geschehen ist - etwa 50 Sicherheitslagen gehabt, die ich zu leiten hatte, und wir haben im Grunde genommen in dieser Zeit, in diesen Sitzungen das gesamte Spektrum vorgearbeitet, abgearbeitet, das in dem späteren Verlauf der Auseinandersetzung jedenfalls zu einem wichtigen Teil auch Sie im Parlament berührte. Das begann mit der notwendigen Sicherung verschiedener Infra-

struktureinrichtungen. Wir haben umfangreiche Gespräche geführt mit größeren Chemieunternehmen, mit der Bahn, mit Flughäfen, mit der Lufthansa, mit den Betreibern von Kernenergieanlagen. Wir haben die Antiterrorpakete im Gespräch mit den Sicherheitsbehörden in dieser Lage vorbesprochen. Wir haben versucht, den notwendigen Finanzbedarf zu ermitteln, haben dafür Vorschläge entwickelt, und das alles - das bitte ich Sie zu berücksichtigen - in einer Zeit, denken Sie an das Jahr 2002 zurück -, in der wir noch mit wöchentlichen Anthraxalarmen befasst waren und versucht haben, Nachweisinstrumentarien zu finden und Einrichtungen zu bilden, die in der Lage waren, sehr schnell zu entscheiden, ob es sich um eine Gefahr handelt oder nicht.

Ich sage Ihnen das nicht, um hier in irgendeiner Weise Anerkennung und Respekt für diese Aufgabe zu erheischen; ich will Ihnen nur sagen: Das gehört in die fragliche Zeit hinein, zu der Sie Fragen stellen werden - zu Recht Fragen stellen werden -, und das sind die Aufgaben, die nicht ganz unwesentlich mein Wahrnehmungsspektrum in dieser Zeit bestimmt haben. Ich sage Ihnen deshalb auch vorweg: Fragen wie etwa die zur Rentenversicherung oder zur Krankenversicherung, die Sie stellen werden, standen jedenfalls in meiner Wahrnehmungsskala in dieser fraglichen Zeit nicht so weit oben wie das, was ich eben zu berichten hatte, bzw. wie das, was dann nach der Berichterstattung im „Stern“ bedauerlicherweise hinzukam, die zum Teil auf Selbstbezeichnungen von Mitarbeitern der Bundesanstalt für Arbeit oder Ausführungen des Bundesrechnungshofs zurückging, die so genannten Vermittlungsskandale bei der Bundesanstalt für Arbeit. Auch damit haben wir uns und habe ich mich persönlich über einen längeren Zeitraum beschäftigt, um das Konzept mit zu entwerfen, auf dessen Grundlage dann die Hartz-Kommission tätig werden konnte.

Wir hatten - auch daran darf ich mit zwei Sätzen erinnern - in dieser fraglichen Zeit, Juli, die beginnende, auch internationale Auseinandersetzung über Unstimmigkeiten im Umgang mit dem Irak und wir hatten im Juli dann noch eine Reihe von Berichterstattungen über angebliches Fehlverhalten des Bundesverteidigungsministers, was zu seinem Rücktritt führte. Vielleicht ist es nachvollziehbar, dass das Ereignisse sind, die

zitieren; er bezieht sich auf die Juni-Zahlen, nicht auf Einbrüche der Steuereinnahmen -

Diese Zahl konnte unter keinen Umständen zu diesem Zeitpunkt akzeptiert werden. Ich habe damals keine Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Eckwerte erkennen können. Ich habe diese Zahl zu diesem Zeitpunkt für mich nicht übernommen. Ich habe es auch dem Minister gesagt: Ich glaube, das wird so nicht weiter gehen.

Darauf basierte dann die weitergegebene Information, ich nehme an, auch in Richtung Bundeskanzleramt, die zum damaligen Zeitpunkt und aus damaliger Sicht sozusagen nicht von einer dramatischen Entwicklung ausgegangen ist.

Meine Frage an Sie bezieht sich auf die Staatssekretärsrunde, insbesondere die Person des Herrn Staatssekretärs Overhaus: Trauen Sie es dem Staatssekretär zu, aufgrund seines großen Fachwissens eine solche Einzelzahl, die im Juni oder Juli eines Jahres auftaucht, einzuordnen? Meinen Sie, dass er in der Lage ist, außer einer linearen Hochrechnung auch noch andere Argumente in eine Gesamtbewertung einfließen zu lassen?

Zeuge Dr. Steinmeier: Herr Montag, ich glaube, es gibt unter meinen Kollegen keinen, der über mehr Erfahrung in seinem Sachbereich verfügt als der Kollege Overhaus. Insofern: Wenn es Anlass geben sollte, jemandem zuzutrauen, dass er eine solche Information vor dem gesamten Hintergrund seiner gesammelten Erfahrungen aus mehr als zehn Staatssekretärsjahren bewerten kann, dann trifft das auf den Kollegen Overhaus zu. Insofern hatte ich also keinen Zweifel, davon auszugehen, dass er das richtig einordnen konnte und die Juni-Zahlen, die es wohl waren, einer richtigen Bewertung unterzog.

Jerzy Montag (Bündnis 90/Die Grünen): Danke.

Vorsitzender Klaus Uwe Benneter: Bitte, Herr Dr. Gehb.

Dr. Jürgen Gehb (CDU/CSU): Zunächst einmal: Zu fragen, ob ein Zeuge einem anderen etwas zutraut, ist auch nicht viel besser, als wenn man ihn fragt, wie man

gewisse Dinge bewertet. - Das wollte ich nur kurz angemerkt haben.

Herr Steinmeier, ich habe Ihnen vorhin die Frage gestellt, ob es über Gespräche, die Sie als Chef des Bundeskanzleramts mit dem Bundeskanzler geführt haben, und zwar über Gegenstände, die unseren Untersuchungsauftrag betreffen, Vermerke gibt. Ich habe leider nicht richtig verstanden - das ist hier vielleicht untergegangen -, ob und wie Sie darauf geantwortet haben. Ich bitte, mir das nachzusehen und das zu wiederholen.

Zeuge Dr. Steinmeier: Die Frage, so allgemein gestellt, kann ich nur so beantworten, dass über Gespräche, die ich mit dem Bundeskanzler führe, in der Regel keine Vermerke gemacht werden.

Dr. Jürgen Gehb (CDU/CSU): Waren Sie dabei, wenn sich der Bundeskanzler und etwa der Finanzminister oder Herr Riester oder Frau Schmidt unterhalten haben, und hat es darüber Vermerke gegeben?

Vorsitzender Klaus Uwe Benneter: Herr Dr. Gehb, ich kann diese Frage nicht nachvollziehen. Meinen Sie, anlässlich von Kabinettsitzungen? Oder wann soll er dabei gewesen sein?

Dr. Jürgen Gehb (CDU/CSU): Es kommt ja nicht unbedingt darauf an, ob Sie das nachvollziehen können, aber ich will es noch einmal versuchen.

In einer solch spannenden Phase, in der die Presse und die Opposition attackieren, wird man sich doch - auch nach dem, was wir bisher alles gehört haben - auch auf allerhöchster Ebene darüber unterhalten haben. Das ist ja nicht völlig lebensfremd. Meine Frage ist jetzt, ob der Herr Zeuge als Chef des Bundeskanzleramtes solchen Gesprächen, bei denen es um die Materie ging, die Gegenstand unseres Untersuchungsausschusses ist, beigewohnt hat und ob es dazu Gesprächsvermerke gegeben hat. - Das kann so schwer ja nicht sein, Herr Steinmeier.

Vorsitzender Klaus Uwe Benneter: Gespräch zwischen wem und wann, müssen Sie doch fragen.